

## Was sind Explosivwaffen mit Flächenwirkung?

Als **Explosivwaffen** werden konventionelle Waffen bezeichnet, die durch die Sprengung einer hochexplosiven Substanz aktiviert werden und eine Explosions-, Hitze- und Splitterwirkung erzeugen. Beispiele sind u.a. Flugzeugsbomben, Artilleriegranaten, Raketen oder improvisierte Sprengsätze<sup>(1)</sup>. Explosivwaffen töten und verletzen Menschen und beschädigen oder zerstören Gebäude und wichtige Infrastruktur.

Der Einsatz von Explosivwaffen mit „**Flächenwirkung**“ ist besonders verheerend für die Zivilbevölkerung in bevölkerten Gebieten, weil sie einen großen Zerstörungsradius haben, eine Vielzahl von Munitionen über ein weites Gebiet verteilen und es Abwurfssystemen an Präzision mangelt.

## Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung

Der Einsatz von Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten, insbesondere mit Flächenwirkung, hat sowohl kurz- als auch langfristige negative Folgen für die Zivilbevölkerung.



Syria/Kobani © Ph. Houliat / Humanity & Inclusion

**Direkte Auswirkung auf Menschen** - Explosivwaffen verursachen oft tödliche oder lebensverändernde Verletzungen. Eine Studie von Handicap International aus dem Jahr 2016<sup>(3)</sup> zeigt, dass 53% der in Nachbarländer geflohenen Syrer\*innen und syrische Binnenvertrieben, die Verletzungen durch den Konflikt davontrugen, durch Explosivwaffen verwundet wurden. Davon:

- erlitten 47% Frakturen oder komplexe Brüche,
- unterzogen sich 15% einer Amputation,
- litten 10% an einer peripheren Nervenschädigung,
- litten 5% an Verletzungen des Rückenmarks.

Bombardierungen können auch starke psychologische und psychosoziale Auswirkungen haben. Der Einsatz von Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten zwingt die Bevölkerung zudem zur Flucht, wodurch sie zusätzlichen Risiken ausgesetzt ist.

**Langfristige Auswirkungen auf zivile Infrastrukturen** - Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten zerstören nicht nur Häuser, sondern auch lebenswichtige Infrastruktur: Krankenhäuser, Schulen, Wasser- und Abwassersysteme, Kraftwerke usw. Im Jahr 2019 waren nur die Hälfte der Gesundheitseinrichtungen im Jemen funktionsfähig<sup>(4)</sup>. Angesichts der Zerstörung und des fehlenden Zugangs zu grundlegenden Dienstleistungen müssen Menschen ihre Heimat oft für längere Zeit verlassen. Der Zugang zu humanitärer Hilfe wird durch die Zerstörung von Straßen erschwert, so dass eine Grundversorgung und Zugang zu Nahrungsmitteln nicht ausreichend möglich ist. Neben den Menschen und Gebieten, die direkt von Bombardierungen betroffen sind, kann deshalb auch das gesamte System eines Gebietes oder Landes betroffen sein.

**Ein Hindernis für den Wiederaufbau nach dem Konflikt** - Nicht explodierte Munition bedroht die Zivilbevölkerung nachhaltig und hindert sie oft daran zurückzukehren. Nach der Rückeroberung von Mosul im Juli 2017 planten 57% der Binnenvertriebenen aus Ninewa, nicht heimzukehren. Bei 22% war der Hauptgrund das Risiko von improvisierten Sprengsätzen und explosiven Überresten des Krieges<sup>(5)</sup>. Ein weiterer Grund war die Zerstörung von Häusern und wichtiger Infrastruktur.

## FAKTENÜBERBLICK<sup>(2)</sup>

- Von 2011 bis 2020 wurden weltweit mind. 270.000 Personen durch den Einsatz von Explosivwaffen getötet oder verletzt.
- Im Jahr 2020 waren 59% dieser Opfer Zivilist\*innen.
- Wenn Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten eingesetzt werden, sind 90% der Opfer Zivilist\*innen.
- Opfer von Explosivwaffen gab es in 119 verschiedenen Ländern und Territorien. Am meisten betroffen sind seit 2011 Syrien (>74.000 zivile Opfer), Irak (>56.316), Afghanistan (>28.000), Pakistan (20.000) und Jemen (>15.000).

# Eine internationale politische Erklärung zum Schutz der Zivilbevölkerung

Das humanitäre Völkerrecht (IHL) legt rechtliche Verhaltensnormen für Parteien eines bewaffneten Konflikts fest. Demnach sind direkte Angriffe auf Zivilist\*innen und zivile Objekte, sowie unterschiedslose und unverhältnismäßige Angriffe verboten. Bei Angriffen müssen alle praktisch möglichen Vorkehrungen getroffen werden, um zivile Schäden zu vermeiden und in jedem Fall zu minimieren.

Das humanitäre Völkerrecht bietet der Zivilbevölkerung aber nur begrenzt Schutz vor Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten. Zwar weist es Staaten an, den direkten Tod und die Verletzung von Zivilist\*innen bei gezielten Angriffen zu verhindern, aber es befasst sich nicht mit den langfristigen und indirekten Auswirkungen.

Da die Auswirkungen von Explosivwaffen mit Flächenwirkung häufig über das spezifische militärische Ziel hinausgehen, widerspricht ihr Einsatz oft dem humanitären Völkerrecht, denn die Konfliktparteien müssen alle praktisch möglichen Vorkehrungen treffen, um die Zivilbevölkerung vor erheblichem Schaden zu schützen.

Handicap International ist der Ansicht, dass die Vermeidung des Einsatzes von Explosivwaffen mit Flächenwirkung in bevölkerten Gebieten der praktikabelste Ansatz zur Verringerung des Schadens und der Auswirkungen von Waffen mit unterschiedsloser Wirkung ist. Vor diesem Hintergrund unterstützt Handicap International den im Oktober 2019 gestarteten internationalen diplomatischen Prozess zur Entwicklung einer politischen Erklärung. Diese soll Maßnahmen zur Verringerung der humanitären Folgen des Einsatzes von Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten und einen besseren Schutz der Zivilbevölkerung in Konflikten fördern.

## Die internationale Gemeinschaft ist mobilisiert

- **112 Staaten und Territorien, 6 Staatengruppierungen, der UN-Generalsekretär sowie mehrere UN-Organisationen, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und die Europäische Union** haben die humanitären Folgen von Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten offiziell anerkannt <sup>(6)</sup>.
- Im Jahr 2017 stimmten 19 afrikanische Länder und ein Jahr später 23 amerikanische und karibische Staaten dem **Maputo- bzw. dem Santiago-Communiqué** zu. Beide unterstützen die Notwendigkeit einer internationalen politischen Erklärung und fordern eine starke Verpflichtung zur "Vermeidung des Einsatzes von Explosivwaffen mit Flächenwirkung in bevölkerten Gebieten".
- Der internationale Verhandlungsprozess wurde im Oktober 2019 in Wien offiziell gestartet und von **83 Staaten begrüßt, die sich bereit erklärten, über eine politische Erklärung zu verhandeln**. Danach organisierte Irland mehrere Runden informeller Verhandlungen und wird weitere einberufen, um die Unterzeichnung einer politischen Erklärung im Jahr 2021 zu erreichen.
- Das International Network on Explosive Weapons (INEW), das 2011 von Handicap International mitgegründet wurde, besteht aus 43 INGOs, die konkrete Maßnahmen fordern, um das menschliche Leid durch den Einsatz von Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten zu verhindern.

– Peter Maurer, IKRK Präsident & Antonio Guterres, UN Generalsekretär (2019):

"Staaten und alle Parteien bewaffneter Konflikte sollen; den Einsatz von Explosivwaffen mit Flächenwirkung in bevölkerten Gebieten vermeiden. (...) Konfliktparteien müssen erkennen, dass der Einsatz von Explosivwaffen mit Flächenwirkung in Städten, Ortschaften und Flüchtlingslagern die Zivilbevölkerung einem hohen Risiko vor unterschiedslosen Schäden aussetzt".

– Ban Ki-Moon, ehemaliger Generalsekretär der Vereinten Nationen (2016):

"Dieses Massaker an unschuldigen Menschen darf nicht weitergehen... Wir müssen alle daran arbeiten, solide politische Verpflichtungen zu erreichen, um den Einsatz von Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten zu unterbinden, in Übereinstimmung mit dem humanitären Völkerrecht, das jetzt so oft vernachlässigt wird".

## Empfehlungen

Handicap International fordert die Staaten auf:

- Die Empfehlung des UN-Generalsekretärs und des IKRK zur Vermeidung des Einsatzes von Explosivwaffen mit Flächenwirkung in bevölkerten Gebieten zu unterstützen.
- Die Entwicklung der internationalen politischen Erklärung zur Verringerung der Schäden durch den Einsatz von Explosivwaffen zu unterstützen, indem sie den Einsatz von Explosivwaffen mit Flächenwirkung in bevölkerten Gebieten vermeiden und einen Rahmen für die Opferhilfe schaffen.
- die direkten, indirekten und langfristigen Auswirkungen des Einsatzes von Explosivwaffen, die Einzelpersonen und Gemeinschaften schweren Schaden zufügen und die wirtschaftliche, gesundheitliche und soziale Grundlagen einer Gesellschaft zerstören, anzuerkennen.
- Einen schnellen und ungehinderten Zugang zu Humanitärer Hilfe zu gewährleisten, die Rechte von Schwerverletzten, Überlebenden, Familien und Gemeinschaften, die von EWIPA betroffen sind, zu garantieren und sicherzustellen, dass sie angemessene Hilfe erhalten.
- Militärische Strategien und Praktiken zum Schutz der Zivilbevölkerung auszutauschen, sowie Daten die nach Geschlecht, Alter und Behinderung aufgeschlüsselt sind zu sammeln und zu teilen.

## Weiterführende Lektüre

INEW, "Explosive Weapons and the Protection of Civilians", January 2015 | Human Rights Watch, "Deadly Cargo: Explosive weapons in populated areas", January 2015 | ICRC, "Report of the Experts Meeting: Use of Explosive Weapons in Populated Areas, Consideration of the issue from a humanitarian, legal, technical and military perspective", February 2015 | OCHA, "Compilation of military policy and practice: reducing the humanitarian impact of the use of explosive weapons in populated areas", August 2017 | PAX and Airwars, "Seeing through the rubble. The civilian impact of the use of explosive weapons in the fight against ISIS", 2020 | Humanity & Inclusion, "The Waiting List. Addressing the immediate and long-term needs of victims of explosive weapons in Syria", September 2019, "Death sentence to Civilians: the long-term impact of explosive weapons in populated areas in Yemen", May 2020.